

Luzerner Zeitung

Dienstag, 19. Dezember 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 292 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Seltener Besuch

Der «Rölli» aus Mels
kommt an die Luzerner
Fasnacht. 23

Lehrlinge kosten Kanton weniger

Luzern Der Kanton Luzern hat letztes Jahr pro Lehrling 8500 Franken ausgegeben – 2,1 Prozent weniger als noch 2015. Die meisten anderen Kantone wenden mehr für ihre Lehrlinge auf. Die jüngste Kostensenkung ist eine direkte Auswirkung der Sparmassnahmen im Kanton, bei welchen Klassen vergrössert, Vergütungen gestrichen und Zwangsferien verordnet wurden. Das kommt nicht überall gut an. So monieren der Verband der Luzerner Berufsschullehrer sowie die SP, dass die Qualität der Ausbildung leide. Demgegenüber steht die Tatsache, dass die Quote bei den erfolgreichen Lehrabschlüssen sehr hoch ist. (kük) 21

Vincenz gibt Amt bei Helvetia ab

Versicherung Der ehemalige Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz tritt als Verwaltungsratspräsident bei Helvetia zurück. Grund ist das laufende Verfahren der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) gegen ihn.

Vincenz habe den Verwaltungsrat informiert, dass er per sofort aus dem Gremium zurücktrete, teilte die Versicherung gestern mit. In den letzten Tagen sei klar geworden, dass sich das Verfahren nicht beschleunigen lasse und damit bis zur kommenden Generalversammlung von Helvetia im April 2018 nicht abgeschlossen sein würde, liess sich Vincenz zitieren. (sda) 3
Kommentar 6. Spalte

EU erhöht Druck auf die Schweiz

Brüssel Die EU will im Streit um ein Rahmenabkommen mit der Schweiz anscheinend andere Saiten aufziehen. Sie gewährt der Schweizer Börse voraussichtlich anstelle von unbeschränktem nur vorübergehendem, zwölfmonatigen Zugang zum europäischen Aktienhandel. Dies hat gestern SRF unter Berufung auf ein internes EU-Dokument berichtet.

Hintergrund der Drohkulisse ist das Gezerre um ein institutionelles Rahmenabkommen. Der Schachzug aus Brüssel kommt überraschend. Schweizer Aussenpolitiker reagieren enttäuscht bis verärgert auf die Nachricht. Noch ist der Entscheid aber nicht offiziell bestätigt. (red) 5

Post wehrt sich gegen Busse

Bern Die Post beverteile einzelne Kunden und erschwere der Konkurrenz den Marktzutritt, sagt die Weko. Sie rügt die Post und verhängt eine Busse von 22,6 Millionen Franken.

Raphael Bühlmann

Dicke Post gab es gestern an die Adresse der Post selbst. Beim bundesnahen Betrieb würden nicht alle Geschäftskunden gleich behandelt. Ein kompliziertes und wenig transparentes Rabattsystem sorge für unterschiedlichste Preise für dieselbe Leistung. Ausserdem behindere es den Marktzutritt für Mitbewerber. Dies stellt die Schweizer Wettbewerbskommission (Weko) fest und kommt zum Schluss, dass die Post ihre marktbeherrschende Stellung in den Jahren 2009 bis 2014 missbrauchte.

«Hierdurch wurden die Kunden behindert, indem sie trotz ver-

«Ein Teil der
Kunden wurde
durch höhere
Preise ausgebeutet.»

Wettbewerbskommission

gleichbarer Ausgangslage unterschiedliche Rabatte erhielten, und ausgebeutet, indem ein Teil der Kunden höhere Preise bezahlen musste als andere», hält die Weko fest und sprach gegenüber der Post eine Busse in der Höhe von 22,6 Millionen Franken aus.

Die Reaktion auf den Vorwurf folgte gestern postwendend. Man sei überzeugt, dass man sich gegenüber Grosskunden und Mitbewerbern jederzeit rechtmässig verhalten habe, zumal die relevanten Preissysteme immer nach den Vorgaben des Postgesetzes ausgestaltet und angewendet worden seien, schrieb die Post gestern in einem Communiqué. Man werde das Urteil denn

auch an das Bundesverwaltungsgericht weiterziehen.

Zum Entscheid kam es, weil Branchenverbände sowie mit der Quickmail AG eine Konkurrenzfirma der Post bei der Wettbewerbskommission Klage eingereicht hatten. Bei der bisher einzigen Schweizer Konkurrentin der Post für die Zustellung von adressierten Sendungen nimmt man das Urteil erleichtert zur Kenntnis, verweist aber zugleich auf bisherige Einbussen. «Der finanzielle Schaden, den Quickmail durch das Verhalten der Post erlitten hat, bleibt ungedeckt», erklärt Quickmail-Geschäftsführer Bernard Germanier auf Anfrage. 9

Kommentar

Schritt kommt viel zu spät

Pierin Vincenz hat der Versicherung Helvetia ein Weihnachtsgeschenk gemacht. Seit die Finanzmarktaufsicht gegen ihn ermittelt, ist er in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, musste sich Kritik anhören, teils berechtigt, teils nicht. Formal gesehen hat er sich wohl kaum etwas zu Schulden kommen lassen, sind die Weichen richtig gestellt worden. Doch der einstige Rockstar der Bankenszene hat an Glanz stark eingebüsst. Vincenz hat sich als Raiffeisen-Chef mutig, innovativ und zugleich volksnah gezeigt. Ganz im Sinne der Raiffeisen-Philosophie war er ein Bankdirektor, der bodenständig daherkam, aber auch Visionen entwickelte und tatkräftig, manchmal auch hemsärmelig in Angriff nahm.

Das private Engagement von Vincenz mit einer 15-prozentigen Beteiligung an der Raiffeisen-Tochter Investnet wird von der Finma unter die Lupe genommen. Die Aduno-Gruppe hat vor einem Monat ebenfalls eine Untersuchung zu Geschäften von Vincenz in die Wege geleitet. Längst hätten bei ihm also die Alarmglocken läuten müssen, wenn er noch sein viel beschworenes Ohr für Volkes Stimme gehabt hätte. Denn die Vorgänge, und mögen sie formaljuristisch noch so einwandfrei sein, haben einen schalen Beigeschmack.

Spätestens als die Finma ihre Untersuchung angekündigt hat, hätte Vincenz seine Ämter ruhen lassen müssen. Der jetzige Schritt kommt deshalb zu spät und vermittelt den Eindruck einer Salomitaakt. Der Rücktritt des ehemals hoch gelobten Vincenz fällt in eine Zeit, in der auch andere sich schwertun, einfach den Rücken durchzustrecken und erhabenen Hauptes ihre Ämter zu Gunsten der Glaubwürdigkeit, Integrität und Verantwortung abzugeben.

Drei Männer im Schnee



Winterwetter Der gestrige Schnee hat viel Freude ausgelöst. So baute etwa Alberto Riveiro mit Sohn Afonso einen Schneemann in der Vilette in Cham. Glücklicherweise sind auch die Zentralschweizer Wintersportorte, die dank überdurchschnittlicher Schneemenge auf eine erfolgreiche Saison hoffen. 21

Bild: Stefan Kaiser (Cham, 18. Dezember 2017)



Stefan Borkert
wirtschaft@luzernerzeitung.ch



Pensionskassen in Schwierigkeiten

Altersvorsorge Die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen hat sich 2016 verschlechtert. Insgesamt betrug die Unterdeckung im vergangenen Jahr 34,1 Milliarden Franken, rund 10 Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilte. Die privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen verzeichneten eine Unterdeckung von 1,4 Milliarden Franken, fast 50 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei den öffentlich-rechtlichen nahm die Unterdeckung dagegen um 16 Prozent auf 32,7 Milliarden Franken zu.

Leicht zugenommen hat die Anzahl jener, die bei der Pensionierung eine Kapital- oder Teilkapitalauszahlung verlangten. Es waren 35619 Personen, die total 6,8 Milliarden Franken bezogen. Laut dem BFS haben sich die Pensionskassen in den letzten Jahren den wandelnden Finanzmärkten angepasst. Von 2012 bis 2016 bauten sie flüssige Mittel und Obligationen ab. Im Gegenzug investierten sie vermehrt in Immobilien, Aktien sowie alternative Anlagen. (sda)

Anlaufstelle für Missbrauchsofoper

Hotline Die Genfer Bildungsdirektion richtet für Opfer von sexuellem Missbrauch an den Schulen eine Telefonnummer als Anlaufstelle ein. Der Kanton reagiert damit auf mehrere Fälle von Frauen, die sich zuletzt in den Medien geäußert hatten. Die Berichte betrafen zum einen den Genfer Islamwissenschaftler Tariq Ramadan, aber auch andere Fälle wurden publik gemacht. Für die Genfer Bildungsdirektorin Anne Emery-Torracinta (SP) muss an den Schulen das Prinzip der «Null-Toleranz» gelten. Die Bildungsdirektorin rief den Unterrichtspersonen an den Genfer Schulen zudem ihre Vorbildfunktion in Erinnerung. Damit Schüler schneller Meldung erstatten, wird eine telefonische Beratung eingerichtet. (sda)

Brüssel lässt die Peitsche knallen

Europa Um Druck beim Rahmenabkommen auszuüben, plant die EU-Kommission den vollen Marktzugang der Schweizer Börse vorerst nur für ein Jahr zu erlauben. Aussenpolitiker reagieren mit Kritik.

Fabian Fellmann, Remo Hess

Das Tauwetter zwischen Brüssel und Bern dürfte bald vorbei sein: Die EU-Kommission plant den Zugang der Schweizer Börse zum europäischen Aktienhandel nur provisorisch – für die kommenden zwölf Monate – zu gewähren. Dies berichtet SRF, gestützt auf ein internes Dokument gestern Abend.

Grund für das Manöver aus Brüssel ist das institutionelle Rahmenabkommen. Schon am Wochenende machte ein hoher EU-Diplomat gegenüber dieser Zeitung deutlich, dass Brüssel endlich ein «politisches Bekenntnis» erwarte und die Schweizer Verzögerungstaktik nicht mehr goutiere. Und auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte bei seinem Besuch in Bern im November, er wolle eine Einigung bis im Frühjahr 2018.

Eine neue Qualität des Drucks

Offiziell will die EU-Kommission die zwölfmonatige Quasi-Schonfrist nicht bestätigen und verweist auf den laufenden Entscheidungsprozess. Die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten können ihre Meinung noch bis am Mittwochmittag einbringen. Hinter vorgehaltener Hand wird jedoch signalisiert, dass die EU-Kommission nur bereit ist, der Schweiz weiterhin vollen Marktzugang zu gewähren, wenn sie ein institutionelles Rahmenabkommen abschliesst. Sowohl im EU-Bericht zu den Beziehungen zur Schweiz im Jahr 2014 wie auch 2017 sei dieser Zusammenhang stets festgehalten worden. Generell wird betont, dass Marktzugang Hand in Hand gehe mit dem Akzeptieren von EU-Regeln, der Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), der Aufrechterhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen und dem Beitrag zur Kohäsionspolitik. Während die EU-Kommission



Da war noch von «positiver Dynamik» die Rede: Jean-Claude Juncker und Doris Leuthard im November in Bern. Bild: KEY (Bern, 23. November 2017)

die bilateralen Verträge und sogenannte Äquivalenz-Anerkennungen, wenn auch mit taktischen Verzögerungen, stets aktualisiert hat, stellt eine solche zeitgebundene Verknüpfung mit dem Rahmenabkommen und der Aufbau einer Drohkulisse eine neue Qualität dar. Dem Vernehmen nach arbeiten Schweizer Diplomaten mit Hochdruck daran, Brüssel davon abzubringen.

Noch vor Kurzem betonte Juncker, man treibe die gemeinsamen Beziehungen in sämtlichen Bereichen «parallel» und in einem «partnerschaftlichen Verhältnis» voran. Mit Bundespräsidentin Doris Leuthard hat der Luxemburger nach gegenseitigem

Bekunden im vergangenen Jahr eine «positive Dynamik» entfacht. Jetzt lautet die Botschaft: Wenn die Schweiz beim institutionellen nicht in die Gänge kommt, lassen wir jede noch so technische Angelegenheit zur Zitterpartie verkommen.

Müller: «Ich erwarte klaren Gegendruck»

Die Präsidentin der ausserpolitischen Kommission des Nationalrats, Elisabeth Schneider-Schneiter, bedauert das Vorgehen der EU. «Die EU-Kommission giesst mit solchen Entscheiden Öl ins Feuer. Ich bezweifle, dass sie erkennt, wie schwierig die innenpolitische Lage in der Schweiz

ist», sagt die CVP-Politikerin. Der Bundesrat habe sich dazu bereit erklärt, die Kohäsionszahlungen zu sprechen, doch SVP und FDP wollen im Parlament nur Ja sagen, wenn auch die EU Zugeständnisse macht. «Wir müssen die Kohäsionszahlung mit Fortschritten in anderen Dossiers verknüpfen, sonst hat sie keine Chance», sagt die Baselbieterin. Auch die Gespräche über ein institutionelles Rahmenabkommen seien schwierig. Dort müsse die EU etwa von ihrer EuGH-Lösung Abstand nehmen. «Sonst würde es noch schwieriger, als es ohnehin ist, eine Mehrheit für das Rahmenabkommen zu finden», sagt Schneider-Schneiter.

Für FDP-Aussenpolitiker Damian Müller wäre eine lediglich temporäre Anerkennung der Schweizer Börsenregulierung «eine Frechheit, sozusagen ein Schlag ins Gesicht» und alles andere als jene Deblockade, welche die FDP als eine Bedingung für neue Kohäsionszahlungen nennt. «Wir wollen Rechtssicherheit. Die wäre damit nicht gewährleistet, im Gegenteil», sagt Müller. Das Beispiel belegt, dass die Schweiz eine klare Strategie im Europa-Dossier brauche. «Ich erwarte klaren Gegendruck und harte Verhandlungen durch den Bundesrat. Jetzt zählen Inhalte und Resultate», sagt der Luzerner Ständerat.

Die Suche nach neuen Asylzentren harzt

Flüchtlinge Um die Asylverfahren ab 2019 beschleunigen zu können, benötigt der Bund neue Asylzentren. Das Ziel, die Standortfrage bis Ende dieses Jahres zu lösen, wird verfehlt.

«Ja, die politischen Entscheide fallen auf jeden Fall in diesem Jahr.» Das sagte Migrationsstaatssekretär Mario Gattiker Anfang Jahr im Interview mit dieser Zeitung auf die Frage, ob bis Ende 2017 alle künftigen Bundesasylzentren feststünden. Zwar dürfte der Bundesrat am kommenden Mittwoch den Sachplan Asyl verabschieden. Darin werden voraussichtlich 14 Standorte als «festgesetzt» und damit als geeignet aufgelistet. Benötigt werden aber wohl mindestens 16 Standorte. Und von den als geeignet bezeichneten Standorten sind einige umstritten.

Ein Brennpunkt liegt in der Zentralschweiz. Der Schwyzer Regierungsrat wehrt sich vehement gegen ein Bundesasylzentrum am Standort Wintersried auf dem Gebiet der Gemeinde Schwyz. Dieses komme «weiterhin nicht in Frage», bekräftigte die Kantonsregierung

Anfang Dezember nach einem Treffen mit der zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Inzwischen hofft man in Schwyz, dass der Kanton Luzern die heisse Kartoffel übernimmt. Der dortige Sozialdirektor Guido Graf (CVP) hat dem Bund kürzlich drei Alternativstandorte für das Zentralschweizer Bundesasylzentrum vorgelegt. Wo sich diese befinden, will Graf allerdings noch nicht verraten.

Zentrum auf Glauenberg bleibt vielleicht länger

Die Schwyzer Regierung hätte das Zentralschweizer Zentrum gerne auf dem Obwaldner Glauenberg gesehen. Dort bringt das Staatssekretariat für Migration (SEM) schon heute Asylsuchende unter, allerdings nur vorübergehend. Einen längerfristigen Betrieb hält der Bund für «voraussichtlich nicht bewilligungsfähig», weil die Anlage in einem

Moorschutzgebiet liegt und mit Schwyz eben ein alternativer Standort vorliegt. Gemäss SEM-Sprecher Martin Reichlin ist es aber denkbar, dass das Zentrum auf dem Glauenberg über 2019 hinaus und damit länger als geplant in Betrieb bleibt – bis der definitive Zentralschweizer Standort gefunden ist.

Meinungsverschiedenheiten mit dem Bund gibt es auch in der Romandie. Die Waadtländer Kantonsregierung würde das



Andreas Barraud, Regierungsrat Schwyz Bild: KEY

letzte noch nicht definierte Zentrum der Asylregion Westschweiz gerne bei der Festung Dailly sehen, die auf einer Terrasse über dem Rhonetal liegt. Das Departement von Sommaruga warnt aufgrund der abgechiedenen Lage aber vor erheblichen Sicherheitsproblemen. «Die Erreichbarkeit bei Notfällen könnte nicht ganzjährig gewährleistet werden», sagt Reichlin, «zudem wären die Investitions- und Betriebskosten hoch.» Der Bund favorisiert den Standort Vallorbe VD, wo er heute bereits ein Asylzentrum betreibt.

Mit der Verabschiedung durch den Bundesrat wird der Sachplan für alle Behörden verbindlich. Das heisst, die Gemeinden und Kantone müssen die «festgesetzten» Standorte bei ihrer Raumplanung berücksichtigen. «Der Sachplan kann durch den Bundesrat aber weiterhin angepasst werden», sagt SEM-Spre-

cher Reichlin. Im Fall der Zentralschweiz könnte der Standort Wintersried also gestrichen und durch einen anderen Standort ersetzt werden. «Alles andere würde ich nicht verstehen», sagt der Schwyzer Volkswirtschaftsdirektor Andreas Barraud (SVP). Schliesslich lägen nun mit den Luzerner Vorschlägen Alternativen auf dem Tisch.

Gesucht wird zudem noch je eine Unterkunft in den Regionen Nordwestschweiz und Bern. Die Berner Regierung wehrt sich gegen den Standort Lyss, weil in nur rund einem Kilometer Entfernung in der Gemeinde Kappelen bereits ein Bundesasylzentrum mit bis zu 270 Schlafplätzen geplant ist. Nun soll eine Alternative in der Stadt Bern gefunden werden. In der Nordwestschweiz konzentriert sich die Suche auf die Kantone Baselland und Aargau. Nach wie vor ungelöst ist zudem die Frage, wo in der Deutsch-

schweiz jene Asylsuchenden untergebracht werden, die den ordentlichen Betrieb in den Bundeszentren stören.

Die Asylinfrastruktur des Bundes dürfte damit in mehreren Fällen noch aus Provisorien bestehen, wenn das neue Asylgesetz in Kraft tritt – das ist voraussichtlich 2019 der Fall. Erklärtes Ziel der Revision ist es, in den Zentren des Bundes 60 Prozent aller Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen abschliessen zu können. Gesucht werden dafür 5000 Unterbringungsplätze – 2000 mehr, als heute in Betrieb sind. «Diese Zielvorgabe gilt unabhängig vom Rückgang der Asylgesuche in diesem Jahr», sagt Reichlin. Der Bund rechnet für 2017 inzwischen mit rund 18500 Asylgesuchen, wie er vergangene Woche mitteilte – weniger waren es letztmals im Jahr 2010.

Tobias Bär